



Bericht
über die Delegationsreise des
Sportausschusses
des Deutschen Bundestages
zu den Olympischen Spielen
in Peking
vom 16.8. bis 25.8.2008



INHALTSVERZEICHNIS

Seite

DELEGATION	03
Zusammenfassung	04
Reiseverlauf	05

Delegation

Herr Dr. Peter Danckert, MdB,

(SPD)

Vorsitzender des Sportausschusses,

Delegationsleiter

Frau Dagmar Freitag, MdB

(SPD)

Herr Peter Rauen, MdB

(CDU/CSU)

stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses

Herr Stephan Mayer, MdB

(CDU/CSU)

Herr Detlef Parr, MdB

(FDP)

Frau Katrin Kunert, MdB

(DIE LINKE)

Herr Winfried Hermann, MdB

(BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN)

Herr Rudi Mollenhauer,

Leiter Sekretariat Sportausschuss

A) Zusammenfassung

Die Delegation traf in Peking auf große Gastfreundschaft und erlebte hervorragend organisierte Olympische Spiele der Superlative. Dies betraf insbesondere die Infrastruktur und Erreichbarkeit der Sportstätten, die Sportstätten selbst und die große Zahl von Volunteers mit z.T. überraschend guten englischen Sprachkenntnissen; nicht zuletzt die z.T. nachdenklich stimmenden herausragenden sportlichen Leistungen in einigen Disziplinen.

Die Delegation nutzte den Aufenthalt in Peking für vielfältige politische Gespräche, sowohl mit politischen Vertretern Chinas, ausländischen Parlamentariern, mit Vertretern der deutschen politischen Stiftungen, NGO's, dem kath. Bischof von Peking, der WADA und NADA, dem BOCOG, Journalisten sowie der Mannschaftsleitung des deutschen Olympiakaders, Verbandsvertretern, Athleten und Sponsoren.

Die Situation in China zeichnet sich nach übereinstimmenden Berichten aller Gesprächspartner durch zunehmende persönliche Freiräume im privaten Lebensbereich, eine wachsende Mittelschicht mit guten, westlichen Standards entsprechenden Einkünften und zunehmend westlich orientiertem Konsumverhalten sowie einer beachtlichen Entwicklung des Rechtssystems aus.

Die Versorgung mit Grundnahrungsmitteln der 1,3 Milliarden Bevölkerung ist weitgehend gesichert, Hunger damit im Wesentlichen unbekannt. Ca. 100 Millionen Chinesen leben allerdings noch unterhalb der Armutsgrenze (entspricht ca. 7,7 Prozent der Gesamtbevölkerung). Große Probleme bereiten die Fragen der sozialen Sicherung (Kranken- und Rentenversicherung), die zunehmende Umweltbelastung (Boden, Wasser, Luft) sowie Korruption, Administrativhaft und mangelnde Umsetzung geltenden Rechts. Es besteht auch noch kein hinreichender Schutz vor Willkürmaßnahmen, insbesondere bei der Wahrnehmung politischer Rechte. Wird der private Wirkungsbereich verlassen und die Öffentlichkeit gesucht, endet jede Toleranz des Systems. Entsprechend schwierig gestaltet sich die Arbeit der Medienvertreter, die zwar eine Verbesserung im Vor- und Umfeld der Olympischen Spiele erfahren haben, sich jedoch noch weit entfernt von einer restriktionsfreien Berichterstattung darstellen.

Die sportlichen Erfolge der Deutschen Mannschaft bedürfen sicher einer z.T. auch kritischen Nachbetrachtung, die in den nächsten Ausschusssitzungen erfolgen wird.

Besonderer Dank gilt dem deutschen Botschafter Dr. Schaefer und seinen Mitarbeitern, die die Delegation hervorragend betreut haben und durch ihre organisatorische Unterstützung wesentlich zum Gelingen der Reise beigetragen haben. In gleicher Weise gilt der Dank dem Chef de Mission und Generaldirektor des DOSB, Dr. Vesper, sowie seinen Mitarbeitern, namentlich Frau Krapf und Frau Koch, deren unermüdlicher Einsatz große Anerkennung bei der Delegation gefunden hat.

B) Reiseverlauf

Sonnabend, 16. August 2008

Individuelle Anreise nach Frankfurt/Main, dort Abflug nach Peking um 17:20 Uhr, Ankunft am 17.08.2008, 08:30 Uhr Ortszeit Peking

Sonntag, 17. August 2008

Nach Empfang am Flughafen durch Mitarbeiter der Deutschen Botschaft, Akkreditierung sowie Check-In im Hotel folgte die Delegation der Einladung der Botschaft durch den Gesandten von Werthern zum **Briefing** im Rahmen eines Mittagessens. Von Werthern stellte klar, dass man gegenüber der chinesischen Seite fast alles ansprechen könne, einschließlich der Tibet-Problematik und der Menschenrechtsfragen, allerdings darauf vorbereitet sein sollte, dass die chinesische Perspektive eine etwas andere als die der europäischen Sicht sei. China habe in den letzten Jahren erhebliche Fortschritte in der Rechtsentwicklung mit großen Anleihen aus dem amerikanischen und europäischen Recht erzielt. Dies sollte man durchaus anerkennen, auch wenn klar sei, dass die Frage der Umsetzung und die des Rechtsschutzes z.B. gegenüber Willkürmaßnahmen noch nicht befriedigend gelöst sei.

Ebenfalls deutlich hingewiesen wurde auf den Umstand, dass in Hotelzimmern, bei Telefonaten und der Kommunikation mit elektronischen Medien mit Abhörmaßnahmen zu rechnen sei. In der Frage der Menschenrechte gäbe es aber durchaus Fortschritte zu verzeichnen, wozu er auch die erfolgreichen Bemühungen zähle, ein Volk von rund 1,3 Milliarden Menschen mit ausreichend Nahrung zu versorgen, so dass in China soweit bekannt keiner mehr Hunger leiden müsse. Auch die chinesische Bevölkerung habe ein vorrangiges Interesse an wirtschaftlichem Aufschwung und interessiere sich in der großen Mehrheit nicht zu förderst für die Menschenrechtsfrage, sondern für die Verbesserung der eigenen wirtschaftlichen Situation. In China bilde sich eine zunehmend wachsende Mittelschicht, die über ein gutes Einkommen verfüge und durchaus westlich geprägte Konsumwünsche zu befriedigen suche.

Anschließend besuchte die Delegation im Rahmen einer kleinen Stadtrundfahrt die **Verbotene Stadt**. Am Abend folgte ein Besuch des Vorrundenspiels der **Hockey-Männer-Mannschaft Deutschland : Spanien** sowie der **Leichtathletikwettbewerbe im National Stadium** von Peking. Erste Eindrücke von den Sportanlagen des Olympic-Green Areals

wurden übereinstimmend als atemberaubend geschildert. Auffällig war die enorm große Zahl außerordentlich freundlicher Volunteers.

Montag, 18. August 2008

Vormittags stand der Besuch des **Beachvolleyballspieles Deutschland : USA** sowie anschließend das **Hallenvolleyballspiel der Deutschen Mannschaft gegen Brasilien** auf dem Programm.

Am Nachmittag führte die Delegation ein **Gespräch mit Greenpeace China**, dessen Büro in Peking über 40 Mitarbeiter verfügt und damit neben Shanghai mit ebenfalls ca. 40 Mitarbeitern zu den größten Vertretungen von Greenpeace weltweit gehört, angesichts der Umweltprobleme in China aber dennoch als eher zu klein bezeichnet wurde. Die Sprecherin der Vertretung, Frau **Young Ailun**, berichtete über die Arbeitsschwerpunkte zu den Themen Klima und Energie, Einsatz von Giften in der Landwirtschaft und dem Waldschutz sowie generell zum Forstwesen. Greenpeace China sei nicht als NGO zugelassen, sondern als Firma im Handelsregister eingetragen. Finanziell sei Greenpeace von der Regierung und von Firmen unabhängig. Man lebe von Spenden aus dem Land und Zuweisungen von Greenpeace International. Es gebe enge Bezüge zu den Olympischen Spielen. Greenpeace habe unter anderem ein Gutachten zur Umweltsituation in Peking in Bezug auf die Olympischen Spiele erstellt und unter dem Titel „China after the Olympics: Lessons from Beijing, Greenpeace assessment of the environmental performance of Beijing 2008 Olympic Games“ u.a. auch in englischer Sprache veröffentlicht (siehe Anlage 1). Dabei handele es sich um den einzigen unabhängigen Bericht zu diesem Thema, den man an BOCOG übersandt und in einer Pressekonferenz, die großen Nachhall gefunden habe, vorgestellt habe.

Auf die Frage, wie unabhängig Greenpeace China in der täglichen Arbeit agieren könne führte Frau Young aus, dass es große Unterschiede in der Zusammenarbeit mit den einzelnen Provinzregierungen gebe, die Zentralregierung aber z.B. die Wertigkeit und Erfordernisse des Umweltschutzes durchaus erkannt habe und die Arbeit von Greenpeace deshalb weitgehend ungehindert erfolgen könne. Dabei bediene sich Greenpeace überwiegend der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit und der Verhandlung mit den Regierungsvertretern vor Ort. Spektakuläre Demonstrationen seien dagegen nicht möglich, fänden allerdings in der chinesischen Wahrnehmung, nicht nur auf Regierungsseite, auch wenig Akzeptanz.

Problematisch sei häufig die schlechte Kommunikation zwischen Zentralregierung und Regionalregierungen, was die Durchsetzbarkeit von Forderungen erheblich erschwere.

Die Olympischen Spiele hätten für den Umweltschutz in China, insbesondere natürlich in Peking, erhebliche Fortschritte ermöglicht, die sonst so sicher nicht denkbar gewesen wären. Dies gelte z.B. insbesondere für Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen im öffentlichen Nahverkehr Pekings, z. B. die U-Bahn Neubauten mit einem Fahrpreis von einem Euro-Cent pro Fahrt, die Vorbildcharakter hätten. Gleiches gelte für das Abwassermanagement. Allerdings sei einzuräumen, dass Peking auch gute Ausgangsvoraussetzungen gehabt habe und die Probleme in den Provinzen und auf regionalen Ebenen z.T. erheblich größer seien. Dort arbeite Greenpeace mit regionalen NGO's zusammen und versuche über Pressearbeit und Konsultationen mit den zuständigen Regionalbehörden Fortschritte zu erreichen.

Zum Thema „Green Olympic Games“ habe es eine gute Zusammenarbeit mit Sydney gegeben; ebenso bestünden mit Großbritannien im Hinblick auf die Spiele in London 2012 gute Kontakte und Erfahrungsaustausch. In Peking habe man mit der Halbierung des Fahrzeugverkehrs einen wesentlichen Beitrag zur Umsetzung dieses Zieles geleistet.

Die Olympiasponsoren habe man aufgefordert, im Rahmen ihrer Möglichkeiten den Erfordernissen des Umweltschutzes Rechnung zu tragen und sich hierzu auch öffentlich zu erklären.

Neben der Arbeit zu konkreten Fällen von Umweltverschmutzung wirke Greenpeace China durch Öffentlichkeitsarbeit an der Aufklärung der Bevölkerung mit. Das Umweltbewusstsein in China steige enorm. Praktisches Beispiel sei eine Kampagne gegen die Verwendung von Einweg-Stäbchen.

Im Bereich erneuerbare Energien sei China sehr erfolgreich, besonders bei der Nutzung von Windenergie. Man verfüge hierbei über die zweitgrößte Produktion von Windenergieanlagen weltweit. Vor zehn Jahren sei man nicht einmal unter den größten zehn Produzenten gewesen. Die Steigerungsraten lägen bei 100 Prozent p.a.. Ähnliches gelte für den Bereich Solarenergie. Leider steige aber auch die Verwendung von Kohle zur Energiegewinnung, insbesondere im Bereich der Schwerindustrie, sehr schnell an.

Die Landwirtschaft mache Greenpeace große Sorgen, da der Einsatz von Pestiziden hier viel zu hoch sei. Zwar steige die Nachfrage nach ökologisch produzierten Produkten schnell,

hierfür gebe es aber keine einheitlichen Standards. Die bestehenden 27 verschiedenen Standards für unterschiedliche Produkte seien nicht überprüfbar und für Verbraucher undurchsichtig. Die Medienarbeit zu allen Themen laufe meist über Printmedien und Internet, wobei letzteres die viel größere Rolle spiele.

Im Anschluss an das Gespräch mit Greenpeace besuchte die Delegation den Mannschaftswettbewerb der Männer im **Tischtennis** sowie das **Handballspiel Deutschland : Dänemark**.

Dienstag, 19. August 2008

Nach dem Besuch der **Leichtathletikwettbewerbe im National Stadium** und dem **Hockeyspiel der Männernationalmannschaft Deutschlands gegen Neuseeland** führte die Delegation ein **Hintergrundgespräch mit Medienvertretern**. Teilnehmer auf Seiten der Medien waren Andreas Lorenz (Spiegel), Andreas Landwehr (dpa), Thomas Kistner (Süddeutsche Zeitung), Ariane Reimers (ARD-TV), Jutta Lietsch (WAZ, Leipziger Volkszeitung), Petra Kolonko (FAZ) und Johannes Hano (ZDF).

Einleitend berichtete die Delegation über das Besuchsprogramm und die bisher gesammelten Eindrücke. Es wurde vereinbart, dass es sich um ein Hintergrundgespräch handle und Zitierungen vor Veröffentlichung der Autorisierung bedürfen. Zur Frage der Medien, ob durch die Doping- und Menschenrechtsdebatte der Olympiakonsum in Deutschland beeinträchtigt sei wurde ausgeführt, dass der Auftritt des IOC insgesamt als schwach empfunden werde und dem Sport sicher nicht genützt habe. Zwar sei einzuräumen, dass der Sport grundsätzlich politische Probleme nicht lösen könne, dennoch deutlich geworden sei, dass das IOC Druckmittel ohne Not aus der Hand gegeben habe. Sicher sei die Begeisterung für die Olympischen Spiele durch die Debatte über Menschenrechte in China, die Tibetfrage und die Dopingdebatte getrübt, andererseits gebe es eine intensive öffentliche Diskussion und hohes Interesse am Land China in Deutschland.

Nicht besonders zuschauerfreundlich sei zudem die zusammenfassende Berichterstattung in der ARD. Berufstätige erhielten hier nur einen sehr unvollständigen Einblick in das olympische Geschehen in Peking. Das gewählte Sendeformat „Waldi und Harry“ erfülle nicht die Erwartungen einer Zusammenfassung des sportlichen Geschehens des Tages. Anders dagegen sei dies beim ZDF, bei dem der Zuschauer einen vollständigen Überblick über die Entscheidungen des jeweiligen Wettkampftages erhalte.

Ausführlich unterrichten könnten sich die Leser auch in den Printmedien, die mit Sonderbeilagen sehr umfassend über die Olympischen Spiele unterrichteten.

Zur Frage der Wirkung der Guidelines auf den mündigen Athleten wurde ausgeführt, dass der DOSB im Vorfeld der Spiele mehrfach darauf hingewiesen habe, dass nirgends im Sport politische Willensbekundungen in den Wettkampfstätten erlaubt würden. Dies treffe jedoch nicht zu, erinnere man sich nur an die WM 2006, bei der mit T-Shirt-Aufdrucken und Plakaten mit der Aktion „Respekt“ für Toleranz und gegen Ausländerfeindlichkeit geworben worden sei. Die Frage der Meinungsfreiheit und z.B. die Zulässigkeit des Tragens eines Armbändchens mit dem Aufdruck „Sport for human Rights“ sei im Ausschuss mehr als zweimal ausführlich diskutiert worden.

Um Schilderung eigener Wahrnehmungen der Situation in China gebeten, führte ein Medienvertreter aus, er stelle eindeutige Verbesserungen in der Frage der Bildung und des Schulsystems und der Frage der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln fest. Es gebe keinen Hunger mehr in China. Vieles sei durchaus besser geworden. Es gebe aber auch viele Bereiche, in denen es noch erhebliche Defizite zu verzeichnen gebe. Hierzu gehörte z.B. die ungehinderte Entsorgung industrieller Gifte auf Felder der Landwirtschaft, gegen die z.B. jeder Protest unterdrückt werde. Aufgabe der Medien sei es im Übrigen, den Augenblick abzubilden. Das Argument, alles sei besser geworden, sei kein Argument für die Berichterstattung in den Medien, auf Kritik zum Heute und zum Jetzt zu verzichten. Die Demonstrationsfreiheit sei weiter erheblich eingeschränkt. Im Zusammenhang mit den Olympischen Spielen habe das IOC zwar moderne Sportanlagen verlangt, eine Modernisierung der Gesellschaft sei aber nicht im gleichen Maße erfolgt. Zwar gebe es auch hier insbesondere in den Ballungszentren durchaus Fortschritte, sobald der private Raum jedoch verlassen werde und die Öffentlichkeit gesucht würde, greife die KP mit aller Härte ein. Als Beispiel führt er eine Demonstration gegen das Giftausbringen auf Felder von Bauern in der Nähe von Peking an, die sich gegen die verursachende Industrie gerichtet habe. Angeheuerte Schläger hätten das gesamte Dorf zweimal verprügelt. Weder KP, staatliches Fernsehen oder Polizei seien aufgetaucht, obwohl sie um Hilfe gebeten worden seien. China könne bisher keine Rechtssicherheit bescheinigt werden. Sie sei aber nach seiner Überzeugung das wichtigste Merkmal und dringendes Erfordernis, noch vor einer Demokratisierung des Systems.

Das in China in Kraft getretene neue Arbeitsrecht wäre ein positives Beispiel für eine fortschrittliche Rechtsentwicklung, wenn es denn in der Praxis auch umgesetzt würde.

Ferner gebe es weiterhin große Ungleichbehandlungen. So dürfe z.B. kein Parteimitglied (davon gebe es 74 Millionen) von Polizisten überprüft werden, ohne vorherige Genehmigung der Parteikommission. Alle Führungskader der Partei seien damit faktisch vor Strafverfolgung geschützt. Dies zeige, dass die Rechtsentwicklung und deren Durchsetzbarkeit nach wie vor auseinander fielen.

Dabei seien die Verantwortlichen in Chinas KP durchaus Absolventen westlich geprägter Ausbildungen. Der oberste Zensor der Partei sei z.B. Harvard-Absolvent und habe also Zugang zu westlichem Rechtsverständnis gehabt. Dieses habe er aber nicht mit nach China importiert.

Zur Dopingfrage führten Pressevertreter aus, dass man in acht Jahren wohl wissen werde, wer vielleicht tatsächlich Medaillen gewonnen habe. Man gehe sicher davon aus, dass natürlich nachhaltig und massiv nachgeholfen werde, um sich in der weltweiten Leistungsspitze durchzusetzen. Das IOC klammere sich bei dieser Thematik an seinem Regelwerk fest, was bedeute, wer nicht erwischt werde, sei auch als sauber zu betrachten. Die Top-Athleten werde man mit den heute zur Verfügung stehenden Möglichkeiten nicht überführen können. Diejenigen Athleten, die positiv getestet würden, seien die kleinen Naiven. Sie dienten als Beleg für die Funktionsfähigkeit des Kontrollsystems. Siegerkontrollen in olympischen Wettbewerben seien überflüssige Tests, weil die Zielgruppe beim Doping viel zu geschickt vorgehe. Abhilfe werde, so Pressevertreter, nur in einer klaren Regelung zur Strafbarkeit für Doping gesehen. Hiergegen würden sich aber die Vertreter des organisierten Sports wehren. Am Athleten müsse der Ermittlungsansatz beginnen, um Quellen und Hinterleute sowie Verfahren, Zulieferer usw. zu ermitteln. Das Problem werde sich im Grunde nicht lösen lassen, aber man müsse Beijing 2008 als Ende der Entwicklung sehen. Dies gelte auch hinsichtlich der Finanzierbarkeit und der politischen Rahmenumstände von Olympischen Spielen.

Gelinge es nicht, im Leistungssport für einen glaubwürdigen sauberen Wettbewerb zu sorgen, werde der Reiz für den Zuschauer und damit für das Fernsehen verloren gehen und schließlich weniger Geld auch für das IOC fließen. Dies könnte das Ende des organisierten Spitzensports sein.

Weitere Manipulationen, wie etwa die bei chinesischen Turnerinnen, bei denen die Vollendung des 16. Lebensjahres mehr als fraglich sei, trübten weiterhin das Bild. Hierzu habe das IOC zwar den Turnerweltverband angewiesen, das Alter der Athletinnen zu prüfen, weitere Maßnahmen seien jedoch bisher nicht erkennbar. Die Prüfung werde an den offiziellen Dokumenten der Volksrepublik China scheitern. Betrogene seien in allen angesprochenen Fällen die Zuschauer, und vor allem die sauberen Athleten.

Im Anschluss fuhr die Delegation zu einem Gespräch mit dem katholischen Bischof von Peking Herrn **Li Shan**.

Das Gespräch fand am Sitz des Bischofs an der Südkirche Pekings statt. Bischof Li berichtet zunächst von 100.000 Gläubigen in seinem Bistum, 28 Kirchen, 55 geweihten Priestern, 50 Nonnen und 20 Mönchen in einem Kloster. Des Weiteren würden zwei Krankenhäuser u.a. mit Unterstützung durch die deutsche Caritas und ein Altersheim betrieben. Seine Kirchen seien offen für alle, die Entwicklung der Gemeinde sehr erfreulich. Man verzeichne pro Jahr ca. 1000 Taufen.

Die Tendenz zu westlicher Lebensweise ließe den Kontakt zum katholischen Glauben steigen. Auch andere Religionen entwickelten sich aber gut. Größte Aufgabe für ihn sei der Bau von Kirchen, von denen zwei bis drei in den nächsten Jahren erstellt werden sollten. In diesem Jahr solle noch die Grundsteinlegung für eine Kirche erfolgen.

Die Diözese habe erst nach der Kulturrevolution wieder arbeiten können. Zur Frage nach dem Verhältnis von Staatskirche und bekennender Untergrundkirche, der angeblich 5 bis 8 Millionen Menschen angehörten, führte der Bischof aus, auch die Mitglieder der Untergrundkirche glaubten an den gleichen Gott und es gebe auch nur eine katholische Kirche, denn der Glaube sei bei beiden der Gleiche. Zum Verhältnis der Staatskirche zum Vatikan angesprochen führte er aus, der Vatikan habe seine Wahl zum Bischof genehmigt und ihn nach seiner Wahl auch ernannt. Damit sei also der Kodex erfüllt. Er habe im Übrigen ein großes Interesse an guten Beziehungen zum Vatikan und würde sich jederzeit freuen, den Papst in Peking willkommen heißen zu können. Zu den Beziehungen seines Vorgängers zu Deutschland und der Möglichkeit, Religionsfreiheit zu leben führt Bischof Li aus, um die guten Beziehungen seines Vorgängers zu Deutschland zu wissen. Er selbst sei auch bereits in Deutschland gewesen und beabsichtige, diese Kontakte auch fortzusetzen. Die vielen Taufen seien seines Erachtens Zeichen für die Religionsfreiheit in China. Die Einladung Kirchen zu besuchen gelte für alle und sei uneingeschränkt. Im Übrigen werde auch einmal pro Woche

eine Messe in Englisch gelesen, was er ebenfalls als ein Zeichen der Religionsfreiheit betrachte.

Zu der Frage von Einschränkungen für die inhaltliche Lehre, die Zusammensetzung der Gemeinden und der Finanzierung der Gemeinden- und Kirchenbauten führt er aus, in der Predigt seien den Kirchen keinerlei Beschränkungen auferlegt. In der Südkathedrale würden täglich drei Messen, um 06.00 Uhr, um 07.00 Uhr und um 08.00 Uhr gelesen. Sonntags würden drei Messen in chinesischer Sprache und zwei Messen in englischer Sprache gehalten. Besucher letzterer seien hauptsächlich europäische Besucher. Im Ausland studierte Priester hielten diese Messen ab. Diese hätten zum Teil auch in den USA studiert. In der Nordkathedrale gebe es auch eine deutsche Messe, außerdem Messen in Italienisch, Spanisch, Koreanisch und Französisch. Dies zeige auch die Freiheit der Lehre in der katholischen Kirche. Unter der Woche fänden sich meist Ältere unter den Besuchern der Kirchen, am Wochenende eher jüngere Gemeindemitglieder. Täuflinge kämen im Übrigen aus allen Altersgruppen. Besondere Ambitionen zur Taufe gebe es in der Gruppe der Intellektuellen und der jungen Leute. Die Finanzierung laufe nicht, wie in Deutschland, über Kirchensteuern, sondern speise sich aus Spenden der Gläubigen und aus dem Immobilienbesitz der Kirche.

Mit Blick auf die veränderte Haltung des heiligen Stuhls, der nicht mehr die Anerkennung der taiwanesischen Republik sondern der Volksrepublik China ausgesprochen habe, hoffe der Bischof im Übrigen auf eine baldige Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen dem Vatikan und China.

Auf die Frage, ob die Kirche auch zu gesellschaftspolitischen Fragen Stellung nehme, etwa dem Gefälle zwischen Arm und Reich usw., gab der Bischof an, je größer die Zahl der Gläubigen sei, umso größer sei auch der Einfluss der Kirche. Die katholische Kirche in China habe 10 Millionen Gläubige, was angesichts der Bevölkerung von 1,3 Milliarden wenig sei und so könne man nur in einem kleinen Rahmen helfen.

Im Anschluss an das Gespräch mit Bischof Li Shan besuchte die Delegation die **Kanu-Kajak-Wettbewerbe im Olympic Canoeing Park** und am Abend die **Leichtathletikwettbewerbe im National Stadium**.

Mittwoch, 20. August 2008

Am Vormittag besuchte ein Teil der Delegation die Halbfinalspiele der Beachvolleyballer im Chaoyang Park am Beachvolleyballground.

Im Anschluss traf sich die Delegation mit dem **Repräsentanten des Sponsors Nike** zu einem informellen Gespräch. Hierbei kam die Ausgestaltung der Ausrüsterverträge in Deutschland zur Sprache, die sich aus der Frage unterschiedlicher Wettkampftrikots der deutschen Olympiamannschaft in den einzelnen Disziplinen ergab. Je nach Vertragsgestaltung würde für die einzelnen Sportarten nach Wettkampf und Training unterschieden, so dass es vorkomme, dass Athleten beispielsweise vor Betreten der Wettkampfbahn in der Aufwärmphase aufgrund eines Ausrüstervertrages mit Nike in entsprechender Kleidung aufliefen, mit Blick auf den Generalssponsor „Adidas“ für die Olympischen Spiele den Wettkampf selbst aber in Adidas-Trikots bestreiten würden. Die Wettkampfstätten im engeren Sinne definieren sich nach diesen Verträgen z.B. nach der Laufbahn im Stadion für Laufwettbewerbe, und beziehen sich nicht auf die gesamte Wettkampfstätte.

Im Anschluss traf sich die Delegation mit dem **Legal Director der WADA, Herr Olivier Niggli, und der Vertreterin der Nationalen Anti-Doping Agentur (NADA), Frau Ulrike Spitz**, zum Thema Doping. Direktor Niggli berichtete, seit über zwei Jahren sei eine Arbeitsgruppe der WADA mit China eingerichtet, die Chinas Bemühungen zu Anti-Doping-Maßnahmen unterstütze. Inzwischen sei in China eine nationale Dopingagentur installiert und China tue alles, um kein Problem mit Doping zu haben. Im Rahmen der Olympischen Spiele habe das IOC das Sagen und hier würden gegebenenfalls festzustellende Nachlässigkeiten im Kontrollsystem oder Verfehlungen durch die Disziplinarkommission des IOC entschieden, dessen Chef Thomas Bach sei. Das Anti-Doping-Regime während der Olympischen Spiele funktioniere aus seiner Sicht gut. Für die Zukunft wolle die WADA ihren Schwerpunkt auf verstärkte Kooperationen im internationalen Bereich mit den nationalen Polizeien, dem Zoll und dem Interpoldienst legen. Ein Modell hierfür sei Australien, wo man sehr gute Ergebnisse erzielt habe. Ab Januar 2009 werde eine neue Strategie implementiert, die sich auch gegen die Hintermänner, Vertriebswege und Händler von Dopingmitteln richte. Ferner würde mit Hockdruck an neuen Testverfahren und in der Forschung gearbeitet. Als Vorteil sehe er, dass der Präsident der WADA Fahey aus der Exekutive komme und daher über ausgezeichnete Beziehungen in die jeweiligen Exekutivorgane der Nationalstaaten habe. Die Zusammenarbeit mit den Regierungen weltweit solle auf dieser Grundlage weiter verstärkt werden.

Auf die Frage, welche Rolle er persönlich in Peking neben Fahey spiele führt er aus, dass er zurzeit Legal Head of WADA in Peking sei, da Präsident Fahey bereits nach Australien zurückgefliegen sei. Nach den geschilderten Schwerpunktmaßnahmen wolle man auch die Prävention verstärken und biete hierzu z.B. im Olympischen Dorf Education Programme für Athleten an.

Die Repräsentantin der NADA in Peking, Frau Spitz, führt aus, dass der Schwerpunkt der Arbeit in Peking in der Beratung der Athleten zu den Whereabouts liege. Zuständig für die Durchführung von Anti-Doping-Tests sei jedoch das IOC. Dies funktioniere aus ihrer Sicht sehr gut. Beratungen würden ebenfalls zum System „Adams“ angeboten, was durch die Athleten auch rege genutzt werde.

Die Wettkampfperiode der Spiele und damit die Zuständigkeit des IOC für die Anti-Doping-Maßnahmen umfasse den Zeitraum vom 27. Juli 2008 bis 24. August 2008. Ab Einzug ins Olympische Dorf würden die Whereabouts nicht mehr von den Athleten sondern vom DOSB geführt. Die NADA sei hierbei Ansprechpartner für alle Fragen zu Dopingkontrollen. Gespräche würden selbstverständlich auch mit der WADA geführt und hätten bereits stattgefunden. Der Weg der NADA werde von der WADA vorgegeben. Schwerpunkte und Zusammenarbeit mit der Staatsanwaltschaft Bonn und dem BKA ergäben sich hieraus. Der Ansatz ziele darauf, über die Athleten an die Hintermänner und Handelswege zu kommen. Daneben sei natürlich das normale Dopingtestgeschäft zu betreiben. Zur weiteren Entwicklung der NADA unter dem neuem Geschäftsführer Dr. Wewer führt sie aus, dass eine Beschränkung auf Dopingkontrollen künftig nicht ausreichen werde, sondern die Prävention und die Zusammenarbeit mit dem BKA und den Staatsanwaltschaften verstärkt werden solle. Ebenso werde es um den Aufbau einer Datenbank für Athletenprofile zur Koordinierung intelligenter Dopingkontrollen gehen.

Auf den Hinweis, von Seiten der Presse sei erklärt worden, Dopingkontrollen während der Spiele in Peking würden kaum greifen, weil bei Spitzenathleten davon auszugehen sei, dass gegebenenfalls betriebenes Doping so geschickt gehandhabt werde, dass ein Nachweis nicht gelingen könne, führt sie aus, dass in die Entwicklung der Testverfahren das Kölner Labor unter Prof. Dr. Wilhelm Schänzer mit Dr. Thevis in eine Forschungsgruppe integriert sei, der es z.B. gelinge immer mehr Formen des Nachweises für EPO zu etablieren. Der Legal Director Olivier Niggli weist daraufhin, dass während der Spiele genommene Proben, z.B. auch vom Schwimmer der USA, Michael Phelps, eingefroren würden und so für neue Testverfahren in der Zukunft weiter zur Verfügung stünden. Darüber hinaus seien auch

bereits neue Testverfahren entwickelt, für die aber das Zulassungsverfahren noch nicht abgeschlossen sei.

Zur Frage, ob das Dopingregime der WADA hinreichend konkret formuliert sei, wenn z.B. im Fall Armstrong ein Dopingnachweis unmöglich werde, weil die B-Probe fehle, führt Niggli aus, dass die Regeln inzwischen besser ausgestaltet seien, als dies seiner Zeit der Fall gewesen sei. Wenn die A-Probe abschließend getestet sei, könne die B-Probe geöffnet werden, dies sei in den Regeln inzwischen festgelegt. Er weise ferner daraufhin, dass nicht nur Testergebnisse zur Überführung herangezogen werden könnten, sondern auch alle anderen Beweismittel wie Zeugenaussagen, Sachbeweise usw. zugelassen seien. Im Ergebnis würden 50 bis 90 Prozent der Fälle dem Panel zur Beurteilung vorgelegt. Im Fall Armstrong sei im Übrigen grundsätzlich nicht die WADA sondern die UCI zuständig gewesen.

Auf die Frage wie viele Länder nationale Anti-Doping-Agenturen eingerichtet hätten führt er aus, dass weltweit 40 nationale Anti-Doping-Agenturen eingerichtet seien. Die NOC's seien zuständig für die Anti-Doping-Regime, wenn keine NADA vorhanden sei. Darüber hinaus existierten regionale Agenturen, die mit den NOC's verknüpft würden und über eine übergeordnete Struktur für bis zu sechs Länder gemeinsam arbeiteten. Dies gelte insbesondere für kleine Länder. Einzuräumen sei, dass die Gründung unabhängiger nationaler Anti-Doping-Agenturen in manchen Ländern sehr schwierig sei, weil Regierungen und der organisierte Sport dies nicht wollten. Aus seiner Sicht sei gleichwohl der Einstieg für erfolgreiche Anti-Doping-Regime die Einrichtung nationaler Anti-Doping-Agenturen und eine entsprechende strukturierte Beprobung. China habe im Übrigen in dieser Hinsicht in den letzten Jahren erhebliche Fortschritte erzielt.

Der Vorsitzende gab zu bedenken, dass das IOC die Chance habe, Länder zu bestrafen, wenn sie keine nationalen Anti-Doping-Agenturen eingerichtet hätten. Dies tue man jedoch nicht. Ferner sei der Zugang von WADA-Prüfern aus seiner Sicht nach wie vor nicht gut geregelt, so lange eine Visa-Pflicht bestehe bei der der Grund der Reise mit anzugeben sei. Damit sei offensichtlich, wann und mit welcher Absicht die Prüfer ins Land einreisten. Ferner gebe es die UNESCO-Konvention gegen Doping, deren verbindliche Zeichnung man zur Pflicht machen müsse. Niggli führt hierzu aus, dass die IOC-Regeln den Ländern die Ausrichtung von TOP-Events versagten, die die UNESCO-Konvention nicht gezeichnet hätten. Dies sei gegen den organisierten Sport, insbesondere in kleineren Ländern, durchgesetzt worden. Fahey habe in diesen Fragen eine stringente Position. Die USA hätten die Konvention z.B. nur wegen der Bewerbung Chicagos gezeichnet. China habe im Übrigen WADA-Prüfer in den letzten zwei

Jahren frei arbeiten lassen. Schwieriger sei dies in den östlichen Staaten und Indien, in denen die Bedingungen nach wie vor schwierig seien. Zur Frage ob es Sinn mache, während der Spiele alle Gewinner zu testen, obwohl diese Test oft ins Leere gingen und deshalb intelligente Kontrollen möglicherweise sinnvoller wären führt Niggli aus, dass während der Spiele auch Zufallskontrollen stattfinden. Das Target-Testing sei dennoch nötig, um gezielte Verabreichungsstrategien, z.B. von EPO, zu verhindern.

Zu den Kontrollaufgaben der WADA erklärt er, zehn WADA-Leute prüften die Anti-Doping-Maßnahmen des IOC. Tauchten Probleme auf, würden diese entsprechend kommuniziert.

Zur Zusammenarbeit mit dem Weltschwimmverband erklärt er, dass die Zusammenarbeit hier sehr gut sei, es dagegen immer noch Verbände gebe, wo die Probleme größer seien. Insgesamt sei Doping heute aber weit schwieriger als früher.

Auf die Frage, ob Strafgesetze für des Dopings überführte Sportler und Athleten erforderlich seien führt Niggli aus, dass er dies für die Entourage und die Hintermänner bejahe, für Athleten, die es nur für den Eigengebrauch nutzen, jedoch nicht für sinnvoll erachte. Auf den Einwand, dass die Athleten Teile des Systems seien und sich im Falle des Dopings des Betruges schuldig machten führt er aus, man könne dies nicht für alle Athleten verallgemeinern, zudem sie ein großes Risiko trügen. Er halte die Zusammenarbeit mit Polizeien für Kontrollen für wichtig, grundsätzlich gelte für Athleten aber die Sportsgerichtsbarkeit. Gleichwohl gebe es national unterschiedliche Regelungen. So sei in Tunesien ein positiv getesteter Athlet mit einem Jahr Gefängnis bedroht. Man müsse aber sehen, dass viele andere Länder bis heute nicht einmal eine konsequente Zusammenarbeit mit den Polizeien organisiert hätten.

Auf den Einwand, dass die Sportgerichtsbarkeit ihre Wirkung nur im Falle positiver Tests entfalten könne, das Strafgesetz dagegen aber abschreckendere Wirkungen entfalte, der Fall Marion Jones als Paradebeispiel zudem zeige, dass die bestehenden Regeln und Verfahren nicht ausreichen entgegnet er, dass die WADA keine Athleten wegen Dopings ins Gefängnis bringen wolle. Zudem würden nationale Strafrechtvorschriften bei Olympischen Spielen nicht greifen, wenn sie nicht weltweit eingeführt würden. Die WADA beaufsichtige die Kontrollen des IOC und bringe Verstöße vor den CAS. Dagegen habe die WADA keine Macht, z.B. strafrechtliche Normen in den Ländern einzuführen bzw. deren Einführung durchzusetzen. Zur Aufdeckung der Handelswege und Dealer arbeite die WADA z.B. in den USA mit der Drug Enforcement Administration (DEA) zusammen, ebenso mit der deutschen

Polizei. Mit Blick auf die enormen Mengen von in China produzierten Dopingmitteln habe die WADA das IOC aufgefordert, Druck auf China auszuüben, etwas dagegen zu tun.

Zur Finanzierung der WADA erläutert er, dass der Gesamthaushalt von 23 Millionen Dollar zur Hälfte vom IOC und zur Hälfte von den nationalen Regierungen erbracht würde. 25 Prozent der Ausgaben flössen in die Forschung; der Rest werde für Testverfahren und die Administration eingesetzt. Im Grunde müsse das Budget verdoppelt werden. In Europa gebe es wenige Zahlungsschwierigkeiten, in Asien sei nur die Mongolei Beiträge schuldig geblieben. Dagegen zahle Südamerika schlecht, die USA hätten 75 Prozent ihrer Beiträge gezahlt, Japan sei dagegen ein vorbildlicher Beitragszahler ohne Außenstände. 97 Prozent der Beiträge würden insgesamt einkommen.

Zum Hinweis, dass das IOC über erhebliche Mittel verfüge und die WADA dort einen finanzstarken Ansprechpartner finden könne bat Niggli, mit diesem Ansinnen direkt an das IOC heranzutreten.

Zur Frage der Beteiligung von Sponsoren an der Finanzierung der WADA erklärt Niggli, das z.B. Lenovo für Aufklärungskampagnen 3 Millionen Dollar gespendet habe. Man sei auch mit weiteren Sponsoren im Gespräch.

Zur Frage des Gendopings und der in diesem Zusammenhang dringend erforderlichen Forschung, z.B. auch des geförderten Projekts in Tübingen, dessen Gesamtetat jedoch nicht ausreiche, erklärt Niggli, das auch die nationalen Regierungen jeweils in der Pflicht stünden, entsprechende Beiträge für Forschungsprojekte zu liefern. Zum Stand des Gendopings führt er aus, dass ein US-Forschungsteam bereits Erfahrungen bei Mäusen zum Gendoping gemacht habe und er deswegen davon ausgehe, das Gendoping auch bei Menschen vor der Tür stehe. Zur Zeit gebe es aber noch keinen Beweis, dass es in diesem Bereich bereits zu entsprechenden Anwendungen gekommen sei.

Zur Frage der SMS An- und Abmeldungen im System „Adams“ erklärt Niggli, der neue Standard sehe dies vor. Die EU habe sich aber ein Mitspracherecht vorbehalten. Er hoffe auf eine Einigung und Vereinbarkeit des bestehenden Verfahrens mit dem EU-Recht.

Frau Spitz ergänzt, dass die hierzu auch in Deutschland stattfindende Debatte mit Athleten zeige, dass es vor Einführung als Standardanwendung einer Verbesserung des bisherigen Bausteines für SMS-Meldungen bedürfe.

Zu den Dopingvorkommnissen bei der Tour de France teilt Niggli mit, dass sich die UCI geweigert habe die Testkosten für die Tour zu zahlen. Die WADA habe auf eigene Kosten getestet und den Spitzenreiter erwischt.

Abschließend antwortet Direktor Niggli auf die Frage ob er bereit wäre, den Sportausschuss in Berlin gelegentlich über die Arbeit der WADA zu unterrichten, dass er sich dies durchaus vorstellen könne.

Der Vorsitzende dankt den Beteiligten für das informative Gespräch und spricht eine Einladung an die Gesprächspartner zur Berichterstattung im Ausschuss aus.

Am Abend nimmt die Delegation nach Besuch des **Hockey-Halbfinals** der Frauen **Deutschland: China** am **Botschaftsempfang für die deutsche Mannschaft mit Bundesminister Dr. Schäuble** teil.

Donnerstag, den 21. August 2008

Am Morgen trifft sich die Delegation im Rahmen eines gemeinsamen Frühstücks mit **Botschafter Dr. Michael Schaefer**, der nochmals über die Gesamtsituation in China, wie sie sich für die Botschaft darstelle, unterrichtet. China sei ein großes Land, in dem die Lebensverhältnisse der Menschen heute von den Bedingungen der Moderne bis zurück zum 18. Jahrhundert vertreten seien. Seiner Auffassung nach sei das Pressebild von China verzerrt. Der Freiheitsraum des Einzelnen sei noch nie so groß gewesen wie heute. Er ende, wo der Machtanspruch der KP berührt sei, was insbesondere bei der Herstellung von Öffentlichkeit der Fall sei. Von den 1,3 Milliarden Einwohnern Chinas hätten 600 Millionen vor zehn Jahren unter der Armutsgrenze gelebt. Jetzt gehe man von einer Zahl von noch 100 Millionen aus, die mit Einkommen unter der Armutsgrenze auskommen müssten. Die Fortschritte in diesem Bereich seien atemberaubend. Bildung und die Herstellung sozialer Gerechtigkeit seien die nächsten ganz großen Aufgaben, die China zu lösen habe. Es bilde sich eine neue Mittelschicht, die einen spürbaren wirtschaftlichen Aufschwung erfahre. China habe rund 200 bis 280 Millionen Internetnutzer, für die der Zugang fast unzensuriert möglich sei, jedenfalls für alle Seiten in englischer Sprache. Auf chinesisch verfassten Seiten sei dies eher schwieriger. Gleichwohl gebe es eine neue Offenheit in den Debatten. So werde z.B. in Diskussionsforen des Internets über die Administrativhaft diskutiert, in denen sich 85 Prozent für eine sofortige

Abschaffung ausgesprochen hätten, was sogar in der Presse veröffentlicht worden sei. Es gebe jeden Tag kritische Berichte zum Thema Umweltschutz, Thema Nummer eins sei aber die soziale Sicherung (insbesondere das Fehlen von Kranken- und Rentenversicherung). Thema Nummer zwei sei der Umweltschutz, denn 70 Prozent des Trinkwassers in China sei nicht sauber. Die Luftverschmutzung sei weiterhin sehr hoch, im Normalfall wesentlich deutlicher spürbar, als dies jetzt in Peking der Fall sei. Entwicklungsschwerpunkte gebe es im Umweltbereich z.B. mit der Weltsolarausstellung im Jahr 2010. Es gebe einen großen Solarthermopark und die Gewinnung alternativer Energien werde insgesamt unglaublich vorangetrieben.

Stadtentwicklung sei ein weiteres großes Thema. Hierzu würde es Modellversuche für die globale Entwicklung in einer regierungsunmittelbaren Stadt geben, die als Modellstadt für Energieeffizienz ausgebaut werden solle. Ebenso werde versucht, den eher egoistisch geprägten Lebensstil der Chinesen in Richtung Sozialkompetenz zu entwickeln. Auch hier verzeichne man deutliche Fortschritte. Im Rahmen eines Benefizkonzertes zu Gunsten der Erdbebenopfer seien in dreieinhalb Stunden elf Millionen Euro gesammelt worden, wobei auch die Bundesregierung sich mit einer Million Euro an der Erdbebenopferhilfe beteiligt habe. Dies zeige, dass Chinesen nicht nur Egoisten seien sondern große Anteilnahme am Schicksal ihrer Mitmenschen zeigten. Er gehe davon aus, dass China in zwanzig oder dreißig Jahren eine vergleichbare Entwicklung wie Singapur aufweisen werde, vielleicht nicht unbedingt demokratisch, aber hoch entwickelt sein werde.

Außenpolitisch habe China kein Interesse, aggressive Außenpolitik zu betreiben. China brauche vielmehr für die wirtschaftliche Entwicklung Ruhe im Umfeld, damit die sozialen Probleme aufgefangen werden könnten.

Das gesetzgeberische Niveau in China sei relativ hoch; problematisch sei die Umsetzung geschriebenen Rechts. Unfähigkeit in den regionalen Ebenen und Korruptionen seien ein großes Problem. China zeige sich in weiten Teilen noch mit äußerst korrupten Systemen konfrontiert. Gleichwohl gebe es auch hier z.B. im Bereich des Schutzes geistigen Eigentums deutliche Fortschritte. So seien in den Streitschlichtungsverfahren fünf Prozent ausländische (darunter auch deutsche) Verfahren anhängig, während 95 Prozent der Verfahren innerchinesische Schlichtungsvorgänge betreffen. China habe erkannt, dass Rechtsstaatlichkeit Voraussetzung für dauerhafte wirtschaftliche Entwicklung sei, brauche für die Erreichung dieses Zieles aber noch geraume Zeit.

Er spreche als Botschafter auch das Thema der Menschenrechte immer offensiv an. Chinesen hätten aber zurzeit noch andere Sorgen. Die Wohlstandsmehrung bzw. Vermeidung von Armut stehe an erster Stelle. Je größer die wachsende Mittelschicht werde, desto stärker würden sich nach seiner Einschätzung auch die Individualrechte entwickeln.

Für die Chinesen seien die USA das Größte. Deshalb habe es auch einen sehr warmen Empfang für Präsident George W. Bush gegeben, trotz seiner zuvor geäußerten Kritik zur Menschenrechtssituation. So sei auch die USA z.B. Wunschland Nr. 1 für Auslandsstudien chinesischer Studenten.

Hinsichtlich der Behinderung und Verfolgung von Pressemitarbeitern zeichnet sich eine Realität ab, die immer resoluteres Vorgehen erkennbar werden lasse.

In den letzten sieben Jahren seien erhebliche Fortschritte in der wirtschaftlichen Entwicklung und der Entwicklung der individuellen Freiheitsrechte zu verzeichnen, jedoch keine Fortschritte im Bereich der politischen Rechte. Hier gelte weiter, dass der politische Raum von der KP allein beansprucht werde und jede Verletzung dieses Universalanspruchs mit rigorosen Mitteln bekämpft werde. Gleichwohl müsse man sehen, dass der private Gestaltungsraum der Chinesen enorm groß geworden sei, so lange der Machtanspruch der KP nicht berührt werde. Grundsätzlich bestehe Reisefreiheit im In- und Ausland was auch dazu führe, das Debatten im Ausland zu China größere Aufmerksamkeit genießen als früher. Dabei werde die Lehrmeisterattitüde der deutschen öffentlichen Debatte in China als sehr verletzend empfunden.

Die insbesondere in Wirtschaftskreisen stark kritisierte Nicht-Teilnahme deutscher Offizieller an der Eröffnungsveranstaltung halte er für etwas überzogen hinsichtlich der Wirkungen, die sich daraus angeblich auf die Entwicklungen der Wirtschaftsbeziehungen ergeben sollen. Er sei als Botschafter jedenfalls auf diesen Sachverhalt von keiner Seite angesprochen worden.

Der Vorsitzende dankt für die Bereitschaft, die Ausschussdelegation trotz des engen Terminkalenders persönlich zu unterrichten.

Im Anschluss wurden die Leichtathletikwettbewerbe im National Stadium besucht, bevor die Delegation zu einem **offiziellen Besuch des Olympischen Dorfes, zu Gesprächen mit der Mannschaftsleitung und einem Vertreter der BOCOG empfangen wurde.**

Von Seiten der Mannschaftsleitung des DOSB stand der Delegation der Chef de Mission und Generaldirektor des DOSB Herr Dr. Michael Vesper, der Leistungssportdirektor Herr Schwank sowie sein Vertreter Herr Ziegler zur Verfügung.

Zu den bisher gemachten Erfahrungen wurde berichtet, dass es keine wesentlichen Sportlerprobleme über die Mannschaftsteile hinaus gegeben habe. Bei einer Sportlerin aus dem Bereich Mountainbike seien Differenzen aufgetreten hinsichtlich des Umgangs mit den Whereabouts, die nicht wie gefordert elektronisch, sondern schriftlich abgegeben worden seien.

Die Eröffnungsfeier sei von den Sportlern sehr positiv aufgenommen worden. Auch die Fahnenträgerschaft durch Dirk Nowitzki habe hohe Akzeptanz gefunden. Lediglich eine Athletin sei nicht mit eingezogen. Alle Athleten könnten unabhängig vom Ende ihrer jeweiligen Wettkämpfe bis zum 26.08.2008 in Peking bleiben. Kartenrückläufe ermöglichten für diese Athleten die Teilnahme an den verbleibenden Wettkämpfen.

Im Olympischen Dorf verfüge die deutsche Mannschaft über 648 Betten, die umlaufend mit rund 750 Leuten belegt würden. Man pflege internationale Kontakte, die sich über nahezu tägliche Einladungen ergeben und von jeweils beiden Seiten wahrgenommen würden. Man verzeichne für die deutsche Mannschaft bisher rund 50 Trainingskontrollen und Platzierungskontrollen in jedem Wettkampf für die Plätze eins bis fünf. Die Incompetition-Phase für die teilnehmenden Mannschaften laufe vom 27.07. bis 24.08 2008. Zusätzlich zu den erwähnten Kontrollen würden zwei bis drei Mannschaftsmitglieder jeweils zusätzlich ausgelost. Es habe bisher relativ wenig positive Testergebnisse gegeben. Die deutsche Mannschaft sei wegen der guten Anlieferung der Whereabouts Daten gelobt worden. Diese würden vom DOSB direkt an das IOC geliefert.

Der Umgang mit der Thematik „Doping“ im Angesicht der hier gesehenen Leistungen sei, so Leistungssportdirektor Schwank und Generaldirektor Vesper, eine Gradwanderung. Grundsätzlich gelte, dass immer einer schneller sein werde als die anderen, auch ohne gedopt zu sein. Fraglich sei, ob die biomechanischen Trainingsprogramme anderer erfolgreicherer Mannschaften wirklich so viel besser seien. Ein Michael Phelps werfe in diesem Zusammenhang durchaus Fragen auf. Das Projekt „Momentum“ an der Sporthochschule Köln sollte vom Bundestag gefördert werden.

Leistungssportdirektor Schwank berichtet zur medizinischen Betreuung der Athleten, dass diese sehr individuell und differenziert erfolge und auch Gespräche mit der Sporthochschule in Köln regelmäßig erfolgten. Klar sei aber auch, dass im internationalen Vergleich Deutschland mit seinem Trainingsaufwand in vielen Disziplinen hinterher hänge.

Die Delegation wies daraufhin, dass ein Nachweis, dass andere Nationen mehr investierten und hierbei erfolgreicher seien, eine gute Argumentationshilfe für die Politik darstellen würde und empfahl, diesen wenn möglich zu liefern.

Aus Sicht des Generaldirektors des DOSB sei es erforderlich, Bundestrainer besser zu bezahlen, was z.B. auch die Ausschüttung von Prämien für erfolgreiche Trainer beinhalte. Hierzu stellten Mitglieder der Delegation ihre ablehnende Haltung dar und plädierten anstelle von Prämien lieber für ein anständiges prämienuabhängiges Gehalt. Thematisiert wurde auch die Öffnung der Bundeswehr bzw. der Bundespolizei und die Frage, ob dies die Unterstützung des DOSB finde. Die Mannschaftsleitung verwies hinsichtlich der Sportförderung im internationalen Bereich auf das britische System, das eine finanzielle Vollabsicherung der Sportler vorsehe und eine zentrale Trainerkompetenz installiert habe. Zwei Jahre vor den Olympischen Spielen sei faktisch keine Berufsausbildung oder Berufsausübung mehr möglich, wolle man auf internationalem Niveau mithalten. Im Ausland richteten sich die Ausbildungszeiten nach den Trainingszeiten, in Deutschland sei dies bis jetzt umgekehrt. Mit Blick auf die Ausbildungsmöglichkeiten von Leistungssportlern formuliert die Mannschaftsleitung die Forderung, dass sportartabhängig auch die Wirtschaft Sportförderstellen zur Verfügung stellen müsste. Sportförderstandorte der Bundeswehr, z.B. in Hamburg und München, sollten sich auch für bundeswehrrferne Spitzensportlerinnen und -sportler öffnen, um an den jeweiligen Hochschulen ein paralleles auf den Leistungssport abgestimmtes Studium zu ermöglichen. Die Frage nach Manöverkritik und dem Umgang z. B. mit der Trainerdebatte im Schwimmverband beantwortete die Mannschaftsleitung mit dem Hinweis, je offener die interne Analyse ausfalle und dargestellt werde, je leichter werden Haushälter zu überzeugen seien, wenn es um Erfordernisse der Mittelausstattung gehe. Seit März seien Gespräche zur strukturellen, personellen und finanziellen Veränderung mit den Verbänden, auch mit dem Schwimmverband - und entsprechende Vereinbarungen mit Blick auf London 2012 geführt worden. Für den Bereich Schwimmen habe man so z.B. schon vor den Spielen grundlegende strukturelle Veränderungen vereinbart. Eine Auswertung der Ergebnisse von Peking und eine Darstellung der Feinjustierung des Förder- und Finanzkonzeptes für London werde der DOSB dem Sportausschuss gerne vorstellen.

Der Vorsitzende dankt den Beteiligten für die vom DOSB bei der Organisation des Delegationsaufenthaltes geleistete Unterstützung und wünscht allen Beteiligten für die verbleibende Zeit noch möglichst viele Erfolge.

Im Anschluss traf die Delegation mit dem **International Programmmanager der BOCOG, Herrn Laszlo Vajda** zusammen. Er berichtete, als einziger ausländischer Experte seit drei Jahren in Peking für das Organisationskomitee zu arbeiten und bereits aus vergangenen Olympischen Spielen Erfahrungen gesammelt zu haben. Er arbeite zusammen mit rund 4.500 Mitarbeitern, bestehend aus Delegationen der jeweiligen NOC's und vor Ort gewonnen Kräften. Rund 85 Prozent der Mitarbeiter von BOCOG seien aus dem öffentlichen Dienst rekrutiert worden, in den sie nach dem Ende der Spiele auch zurückkehren würden. Zu den Spielen in Beijing seien insgesamt 77 Wettkampfstätten und 70 Trainingsplätze an unterschiedlichen Standorten, so z.B. für die Segler in Qingdao und die Reiter mit Rücksicht auf Quarantänevorschriften in Hongkong eingerichtet worden. Peking erweise sich als idealer Standort da die maximale Entfernung zwischen den einzelnen Sportstätten nur 18 km betrage. Über die Mitarbeiter von BOCOG hinaus stünden rund 900.000 Volunteers zur Verfügung. Das Organisationskomitee sei ein Teil der chinesischen Sportadministration, was kurze Entscheidungswege und schnelle Reaktionszeiten ermögliche. Das Olympische Dorf könne seines Erachtens Standards für die Zukunft setzen. Er sei freier Mitarbeiter der BOCOG und gehöre nicht dem IOC an. Er organisiere z.B. die Volunteers und sei für diesen Bereich im Management praktisch alleine tätig. Vor drei Jahren habe er gedacht, dass er hierfür weitere Mitarbeiter erhalten werde, habe aber feststellen müssen, dass dies ein Irrtum gewesen sei. Für die Auswahl der Volunteers sei die Hauptzielgruppe die der Angehörigen von Universitäten gewesen. Dabei hätte die große Zahl von Studenten der Mainstream-Fremdsprachen Englisch, Französisch, Spanisch, Russisch und Arabisch ein großes Potential geboten. Jeder Volunteer müsse mindestens eine Fremdsprache beherrschen. Das Niveau der chinesischen Studenten sei sehr hoch. Sie erhielten kein Geld und keine Vergünstigungen für ihren Einsatz, seien aber gleichwohl sehr engagiert. Einige Schulungsmaßnahmen hätten vielleicht sogar zu früh eingesetzt. Grundsätzlich könne man sich die Ausbildung der Volunteers ähnlich wie die der freiwilligen Feuerwehr vorstellen. Zusätzlich seien Angehörige der Armee gestellt worden, etwa für die Bewältigung logistischer Aufgaben, Transporte usw.. Er sei nicht in die Hierarchie der BOCOG eingebunden sondern berichte direkt dem Board.

Auf die Frage, ob man auf Erfahrung vergangener Jahre aufbaue berichtet er, dass dem IOC viele Zahlen und Erfahrungsberichte vorlägen, die sich jedoch für die jeweiligen Verhältnisse

im Ausrichtungsländ nur schwer auswerten und übertragen ließen. Entscheidend seien Leute mit guten Kenntnissen der jeweils lokalen Verhältnisse, mit denen man im Wesentlichen arbeiten würde. Um den Erfahrungstransfer zu verbessern, baue man zur Zeit eine Datenbank auf, über die gesammelte Erfahrungswerte an künftige Austragungsorte weitergegeben werden sollen.

Zur Frage der Sicherheit weist er daraufhin, dass man Sicherheitsleute kaum sehen würde, aber sicher sein könne, dass sie überall seien. Dies zeige sich z.B. an den kurzen Reaktionszeiten bei den wenigen Versuchen öffentlicher Demonstrationen. Zur Frage seiner Vergütung wies er darauf hin, in Athen dreimal so viel verdient zu haben wie in Peking. Er sei aber nicht hier, um Geld zu verdienen, sondern weil er verrückt genug sei und im Übrigen die Zusammenarbeit z.B. mit dem DOSB sehr schätze.

Der Vorsitzende dankt Herrn Vajda für seine Bereitschaft, der Delegation für Fragen zur Verfügung zu stehen und wünscht für die verbleibende Zeit gutes Gelingen. Die Delegation besucht im Anschluss das **Halbfinalspiel der Männer im Hockey Deutschland : Niederlande** und im Anschluss daran die **Leichtathletikwettbewerbe** im National Stadium.

Freitag, 22. August 2008

Die Delegation besucht am Vormittag die **Leichtathletik -Wettkämpfe**, das Spiel um den dritten Platz der **Beachvolleyball-Männer** sowie die **Taekwondo-Vorentscheidungen** der Frauen.

Im Anschluss führte die Delegation ein Gespräch mit dem chinesischen **Vizeminister und Leiter der Abteilung für internationale Beziehungen des Zentralkomitees der KP, Herrn Zhang Zhijun**. Minister Zhang bat eingangs um eine Bewertung der Eindrücke von den Olympischen Spielen, die als hervorragend organisiert und mit beeindruckenden Sportstätten ausgestattet bewertet wurden. Der Minister wies darauf hin, dass die Ausrichtung der Spiele ein großer Traum Chinas gewesen sei, der sich nun erfülle. Auf das außerordentlich erfolgreiche Abschneiden chinesischer Sportler angesprochen, weist Minister Zhang darauf hin, dass der Medaillenspiegel, pro Kopf betrachtet, für Deutschland besser ausfalle als für China. Es folgte ein kurzer Austausch über die Medaillenchancen beider Nationen in einigen Sportarten.

Angesprochen wurde, dass die Olympischen Spiele für die Medien in Deutschland die Gelegenheit boten, umfassend über China zu berichten. Dabei sei die große Bewunderung für die Architektur der Sportstätten zum Ausdruck gekommen, aber auch Fragen zur Demonstrations- und Freiheitsrechten aufgeworfen worden. Man habe überrascht zur Kenntnis genommen, dass Demonstrationen während der Spiele eingerichtet worden seien, ebenso überrascht sei man jedoch, dass Demonstrationen, hier z.B. konkret von zwei zwangsentlegneten älteren Frauen, trotzdem zu Verhaftungen geführt hätten.

Der Minister wies darauf hin, den angesprochenen Einzelfall nicht zu kennen, seines Wissens seien aber über 70 Demonstrationen angemeldet worden, deren Anliegen man aber bereits im Anmeldeverfahren habe entsprechen können. Insgesamt bat er nachzusehen, dass Demonstrations- und Streikrecht eng zusammen hingen und man die Geschichte Chinas gut kennen müsse, um den Umgang und die Entscheidungen hierzu in China zu verstehen. Die Jahre 1960 bis 1970 seien für China verlorene Jahre gewesen, in denen die Menschenrechte mit Füßen getreten worden und die Wirtschaft praktisch zusammen gebrochen sei. Meinungsfreiheit in China sei nicht zwingend mit Streik- und Demonstrationsrechten verbunden. Die letzten 30 Jahre seien die Besten in der Entwicklung Chinas insgesamt gewesen. Wohlstandsmehrung und Wirtschaftsentwicklung hätten hier im Mittelpunkt der Bemühungen gestanden. China strebe wirtschaftliche und politische Sicherheit an. Enteignung komme in China vor, durch Industrieentwicklung und auch durch Stadionbauten. Im Vorfeld der Olympischen Spielen sei dies unvermeidbar gewesen. Dies sei aber keine China-spezifische Frage, sondern Folge der Industrialisierung in allen Staaten weltweit. Nur ein Prozent der Enteigneten seien mit der gewährten Entschädigung unzufrieden. Auch für den Autobahnbau seien Enteignungen unabdingbar gewesen. Erneut verwies er auf die Notwendigkeit, sich mit der Geschichte Chinas intensiv auseinanderzusetzen, um zu einer gerechten Bewertung dieser Verfahren zu kommen. Die chinesische Regierung und die kommunistische Partei Chinas arbeiteten intensiv daran, die Verhältnisse im Land zu verbessern.

Die Delegation lobte das Engagement und die Sprachkenntnisse der bei den Olympischen Spielen eingesetzten Volunteers. In diesem Zusammenhang wurde die Frage der Bildungschancen für die 1,3 Milliarden Bevölkerung, eine fundierte Schulausbildung und sprachlich Unterricht zu erhalten, angesprochen. Der Minister wurde hierzu um Anmerkungen zum Bildungssystem gebeten.

Er führt hierzu aus, dass eine neunjährige Schulausbildung in China kostenfrei sei. Davon entfielen sechs Jahre auf eine Grundschulbildung und drei Jahre auf den Besuch niederer Schulen. Die Einschulungsrate liege in China inzwischen bei 100 Prozent. Nach Abschluss der niederschule gäbe es die Option drei Jahre lang eine kostenpflichtige Oberschule zu besuchen. 20 Prozent der Absolventen dieser Ausbildung könnten anschließend studieren. Der Zugang zu den Hochschulen würde über Hochschulaufnahmeprüfungen geregelt. Alternativ zu einem Hochschulstudium sei selbstverständlich auch eine Berufsausbildung möglich.

Zur Frage, was nach den Spielen, mit denen sich China als weltoffenes und aufstrebendes Land präsentiere, für die Bevölkerung erhalten bleibe, führt der Minister aus, die Partei und die Regierung Chinas wünschten sich ein gutes Umfeld nicht nur während sondern auch nach den Olympischen Spielen. China wolle eine stabilisierende Rolle für den Frieden in der Welt spielen.

Zur Frage des Verhältnisses von China und Taiwan führt er aus, dass dies eine interne Frage Chinas sei und die entstandenen Konflikte ihren Ursprung in Abspaltungsbemühungen Taiwans hätten. Es sei sicherlich bekannt, dass China eine Ein-China-Politik verfolge, die den wirtschaftlichen Zusammenhalt und die internationale Verknüpfung Chinas sichern solle. In diesem Zusammenhang sei z.B. auch ein internationaler Personalaustausch ausdrücklich erwünscht.

Zur Frage der Vermittlung der Olympischen Ideale in den allgemein bildenden Schulen wies der Minister daraufhin, dass diese bereits in den vergangenen Jahren intensiv vermittelt würden und hieran auch weiterhin festgehalten werden solle. China betrete damit für seine Zukunft einen guten Weg. Die Chinesen legten viel Wert auf Medaillen, was in seiner Fokussierung vielleicht ein Fehler sei. Ziel sei es vielmehr, den Sport insgesamt für eine Steigerung der Lebensqualität der Menschen zu nutzen.

Zur Frage des Umweltschutzes und der in diesem Zusammenhang als sehr diszipliniert befolgten Halbierung des Autoverkehrs und die sich hieraus für die Zukunft ergebenden Erkenntnisse führte der Minister aus, die Zusammenarbeit in Sachen Umweltschutz sei weltweit dringend erforderlich. Die Autobesitzer seien allerdings nicht alle zufrieden mit der derzeitigen Situation, auch wenn diese spürbar zur Umweltverbesserung beitrage. Gleichwohl steige das Umweltbewusstsein in China enorm und er sei der festen Überzeugung, dass die Zivilgesellschaft auch nach den Spielen für den Umweltschutz weiterhin sensibilisiert sei. Nach den Spielen werde die Situation jedenfalls sicher besser sein als zuvor.

Die Delegation wies daraufhin, dass Maßnahmen wie die Administrationshaft in Deutschland unbekannt seien. Der Minister wurde um eine Schilderung der Position der Regierung hierzu gebeten.

Er führt dazu aus, dass man die Fragen von Administrativhaft und Umerziehungslagern innerhalb der KP intensiv diskutiere und wies daraufhin, dass entsprechende Maßnahmen z.B. nicht vergleichbar mit der Situation in der ehemaligen Sowjetunion sei. Vielmehr sollten die Betroffenen ihre Fehler durch die Maßnahmen sehen und korrigieren können. Er bat darum, die gesetzlichen Regelungen in China insgesamt zu bewerten und nicht nur einzelne Maßnahmen herauszugreifen. China sei auf dem Weg neue Lösungen zu finden und sehe sich hierbei auf einem guten Weg.

Die Delegation dankt dem Minister für die Gelegenheit zum Meinungsaustausch und die Gastfreundschaft, die man im Rahmen der Olympischen Spiele genießen dürfe.

Im Anschluss besuchte die Delegation das **Hockeyspiel der Frauen um den dritten Platz** und die **Leichtathletikwettkämpfe**.

Samstag, 23. August 2008

Am Vormittag beobachtete die Delegation die Wettkämpfe im Turmspringen der Herren vom 10-Meter-Turm im National Aquatic Centre und besuchte die Kanuentscheidungen.

Am Nachmittag fand eine **Debatte mit den vor Ort vertretenen politischen Stiftungen und Vertretern von Nicht-Regierungsorganisationen zum Thema „Olympische Spiele und nachhaltige Entwicklung in China“** statt. Eröffnet wurde der Round Table von **Frau Dr. Chen Ying, Associate Research Fellow, Research Center for Sustainable Development, Chinese Academy of Social Sciences**, mit einem Impulsreferat zum Thema „Nachhaltige Entwicklung als neue Leitidee der chinesischen Politik“. Hierbei führte sie aus, dass das Thema der nachhaltigen Entwicklung seit den Neunziger Jahren auf der politischen Agenda Chinas stehe. Die Agenda 21 beinhalte ein politisches Programm für den Umweltschutz und zeichne Wege, Linien und Ziele für den Umweltschutz in China vor. Die Olympischen Spiele 2008 in Peking böten China eine neue Ausgangssituation und Chancen für eine nachhaltige Entwicklung und Fortschritte im Umweltschutz. In diesem Zusammenhang sei der Begriff der

„grünen Olympiade“, der seit Sydney 2000 formuliert sei, übernommen worden. Die Olympischen Spiele 2008 in Peking sollten nach dem selbst formulierten Anspruch grüne Spiele, Hightech-Spiele und humane Olympische Spiele sein. Im Vorfeld der Olympischen Spiele sei eine Verbesserung für die nachhaltige Entwicklung für die Einwohner Pekings im Bereich öffentlicher Verkehrswege (U-Bahnen; Infrastruktur) und ein verbessertes Service-, Dienstleistungs- und Umweltbewusstsein eingeleitet worden. Zeitlich seien die Maßnahmen strategisch langfristig ausgerichtet, hätten aber selbstverständlich auch kurzfristige Verbesserungen zu den Olympischen Spielen erbracht. Peking wolle sich als Beispiel für andere Regionen präsentieren und man setze auf eine räumliche Ausdehnung der Maßnahmen nach Abschluss der Spiele. Eine insgesamt nachhaltige Entwicklung sei allerdings auch eine internationale Angelegenheit und könne nicht nur auf eine einzige Stadt oder einen Staat eingegrenzt werden.

Zu den Fragen, ob es eine breite Unterstützung in der Bevölkerung für die durchgeführten Maßnahmen gebe und ob weitere Forderungen der Bevölkerung nach Umweltschutzmaßnahmen vorlägen, ob es Einsparmaßnahmen zum Stromverbrauch nach Abschluss der Spiele, wie etwa in Shanghai, geben werde oder man ganzjährig von der zur Zeit eindrucksvollen Festbeleuchtung ausgehen wolle und wie der insgesamt sehr große Energiebedarf gedeckt werden solle führte Frau Dr. Chen Ying aus, die Maßnahmen im Umfeld und Zusammenhang der Olympischen Spiele fänden die Unterstützung des gesamten chinesischen Volkes. Um substantielle Erfolge zu erzielen seien drei Faktoren wichtig, die gemeinsam agieren müssten. Hierzu zähle sie das Handeln der Regierung, das Handeln und die Strategien der Unternehmen und natürlich der gesamten Bevölkerung. Bei den Maßnahmen handele es sich um energiesparende Maßnahmen, bei denen die Beteiligung der gesamten Bevölkerung einen besonderen Stellenwert einnehme. Die Deckung des Energiebedarfs und die Luftverbesserung stünden in einem engen Zusammenhang mit dem 5-Jahresplan der Regierung. Das Problem einer schnellen Entwicklung der Schwerindustrie mit der Folge eines ebenso schnell und stark steigenden Energiebedarfs sei aber virulent.

Prof. Chen Jian, Vizepräsident der Beijing Olympic Economic Ressort Assoziation, fasste in seinem Impulsreferat zum Thema „Ökologische Nachhaltigkeit bei den Olympischen Spielen in Peking“ folgende Punkte zusammen:

Peking habe sich zweimal für die Olympischen Spiele beworben. Das IOC habe den Fokus und viel Wert auf Umweltschutz und grüne Spiele gelegt. Der Vertrag mit dem IOC beinhalte, dass verschiedene Ziele erreicht werden müssen bezüglich des Klimaschutzes. Um dies zu

verwirklichen habe man Maßnahmen zur Energieeinsparung getroffen, eine Anpassung der Standorte der Industrie durchgeführt und Maßnahmen zur Verbesserung der Lebenssituation der normalen Bevölkerung, unter anderem im Bereich Energieeinsparung und Luftverbesserung, gehabt. Es gehe darum, eine industrielle Anpassung an die Erfordernisse des Umweltschutzes zu erreichen, wobei man das Ziel einer jährlichen Energieeinsparung von vier Prozent auf ganz China gesetzt habe. Im März 2007 hätte man bereits eine Einsparung von sechs Prozent für die Stadt Peking erreichen können. China befinde sich in einer entscheidenden Phase der Industrialisierung, bei der es darauf ankomme, den Fokus nunmehr auf eine Umstrukturierung bezüglich der Belange des Umweltschutzes zu setzen.

Hierzu wurden folgende Fragen vorgetragen:

Wie müsse man sich die Umstrukturierung der Industrie vorstellen und welche Hochtechnologien zur Reduzierung von Emissionen kämen zum Einsatz? Wie würden diese finanziert? Ferner, ob das IOC ein Pflichtenheft für bestimmte geforderte Ziele erstellt habe und wie diese gegebenenfalls umgesetzt worden seien. Ferner wurde die Frage angesprochen, ob es eine Mülltrennung gebe, wie der Transfer des Modellcharakters für die Maßnahmen in Peking funktionieren solle und wie man das Ziel, bei wachsendem Wohlstand mit einem geringerem Ressourcenverbrauch auszukommen, erreichen wolle.

Prof. Chen Jian wies daraufhin, dass natürlich der Einsatz moderner Technologien notwendig sei, um die gesetzten Ziele zu erreichen. Nach seiner Einschätzung setze die chinesische Regierung vermehrt auf die Verbreitung von Hochtechnologie und setze diese in Teilen auch durch die Ergreifung von Zwangsmaßnahmen durch. Das IOC sei sehr zufrieden mit den von China getroffenen Maßnahmen, habe hier jedoch keine konkreten Maßnahmen hervorgehoben. Die chinaweite Umsetzung der für Peking getroffenen Maßnahmen sei problematisch, denn China habe ein außerordentlich unausgeglichenes Niveau zwischen den verschiedenen Provinzen. Das Umweltbewusstsein sei bei einem Großteil der Chinesen noch nicht wirklich ausgereift. Ebenso gebe es technische Schwierigkeiten bei der Umsetzung neuer Technologien in der Praxis. Zugleich bat er um Verständnis für die erforderliche Laufzeit dieser Prozesse in China, denn man dürfe nicht vergessen, dass noch vor 30 Jahren alle Chinesen Bauern gewesen seien. Mülltrennung und der Einsatz von Hochtechnologien in der Industrie seien in einem Entwicklungsprozess, der grundsätzlich auf einem guten Weg sei.

Schließlich berichtet **Frau Wu** Nin in ihrem Impulsreferat zum Thema „Umweltschutz und Stadtentwicklung“ über partizipative Möglichkeiten der Beteiligung von Bürgern Pekings im

Bereich des Konzeptes der nachhaltigen Entwicklung. Erfolgreich werde das Konzept nur sein, wenn es das konkrete Handeln der Bürger beeinflusst. Dafür sei zum Teil auch ein Wandel der Lebensgewohnheiten erforderlich. Dies werde in Form von Bürgerforen erarbeitet. Nachhaltige Entwicklung auch der Kultur des Umgangs miteinander, die nachhaltige Verwendung von Rest- und Wertstoffen durch Wiederverwertung sowie gemeinsame Aktionen, wie etwa Leinentaschen nähen anstelle des Einsatzes von Plastiktüten, seien Gegenstand gemeinsamer Aktivitäten.

Im Anschluss besuchte die Delegation die **Leichtathletikwettbewerbe** und das **Hockey-Endspiel der Herren**, bei dem die deutsche Mannschaft die Goldmedaille gewinnt.

Sonntag, den 24. August 2008

Nach einem Empfang der **Deutschen Bahn (Dr. Mehdorn)**, auf dem es um die Präsentation der Logistikleistungen der Schenker AG für die Olympischen Spiele ging, besuchte die Delegation die Finalkämpfe im Boxen der Herren in der Workers Indoor Arena und schließlich am Abend die Schlussfeier im National Stadium.

Montag, den 25. August 2008

Die Delegation trat um 08.30 Uhr die Rückreise an.